

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,66 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Hirsch-Bund)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 69.

Berlin, Sonnabend, 28. August 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1908. — Volksernährungsfragen. — Der Kampf gegen die Schundliteratur. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

### Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1908.

Nach einer im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlichten Statistik gab es am Schlusse des Jahres 1908 im Deutschen Reich insgesamt 448 Gewerbegerichte. Dazu kommen noch 422 Innungsschiedsgerichte und 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufene Gewerbegerichte. Wir haben die Verbeibaltung der Innungsschiedsgerichte von jeder für dauerlich erklärt und darin eine durch nichts gerechtfertigte Rücksichtnahme auf das Jüngstertum erblickt. Diese unsere Haltung erhält eine Stütze durch die umfang- und gegenseitige Tätigkeit, welche die Gewerbegerichte im Berichtsjahre entfaltet haben.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Rechtsprechung! Von den Arbeitern wurden anhängig gemacht nicht weniger als 106 269 Klagen. Die Zahl der von Arbeitgebern eingereichten Klagen beläuft sich auf 5672, und Arbeiter gegen Arbeiter desselben Betriebes klagten 340 mal. Im ganzen wurden also 112 281 Sachen der Rechtsprechung der Gewerbegerichte unterbreitet. Von diesen Streitigkeiten wurden erledigt durch Vergleich 47 595, durch Verzicht 2799, durch Anerkenntnis 1541, durch Versäumnisurteil 11 374 und durch andere Endurteile 18 221. Der Rest der Klagen konnte im Berichtsjahre nicht mehr erledigt werden, sondern mußte auf das Jahr 1909 übernommen werden. Wo der Rechtsstreit bis zur Verkündung eines Endurteils fortgeführt wurde, d. h. wo es weder zu einem Vergleich, noch zu einem Verzicht, noch zur Anerkenntnis, noch zu einem Versäumnisurteil kam, dauerte das Verfahren weniger als 1 Woche bei 5472 Sachen, 1 Woche bis 2 Wochen bei 5428 Sachen, 2 Wochen bis 1 Monat bei 4887 Sachen, 1 Monat bis 3 Monate bei 2167 Sachen und länger als 3 Monate bei 267 Sachen. Diese Zahlen zeigen wieder mit aller Deutlichkeit, daß im Vergleich zu den anderen Gerichten die Rechtsprechung bei den Gewerbegerichten viel schneller funktioniert.

Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 Mark in 48 584 Fällen, 20—50 Mark in 34 616 Fällen, 50—100 Mark in 16 954 Fällen und mehr als 100 Mark in 8574 Fällen. Berufung gegen die Entscheidung des Gewerbegerichts ist bekanntlich nur zulässig bei Streitgegenständen, deren Wert 100 Mark übersteigt. Von diesem Rechtsmittel der Berufung wurde im ganzen 587 mal Gebrauch gemacht.

Nach als Einigungsamt entwickeln die Gewerbegerichte von Jahr zu Jahr eine regere Tätigkeit. Von beiden Teilen wurden die Gewerbegerichte als Einigungsamt angerufen 181 mal, nur seitens der Arbeitgeber 6 mal und nur seitens der Arbeitnehmer 134 mal. Dabei kam 151 mal eine Vereinbarung zustande, 35 mal wurde ein Schiedspruch gefaßt und in 76 Fällen kam es weder zu einer Vereinbarung, noch zu einem Schiedspruch. Den Schiedsprüchen unterworfen sich beide Teile 26 mal; nur die Arbeitgeber erkannten ihn 6 mal und nur die Arbeitnehmer 3 mal an. Daß keine von beiden Parteien sich dem Schiedspruch unterworfen hätte, ist niemals vorgekommen.

Weiter haben die Gewerbegerichte nach § 75 des Gesetzes das Recht, Gutachten abzugeben

und Anträge zu stellen. Von der erstgenannten Befugnis wurde 33 mal Gebrauch gemacht; Anträge wurden im ganzen 48 gestellt.

Kaufmannsgerichte wurden im Deutschen Reich im Berichtsjahre 262 gezählt, von denen bereits bestehenden Gewerbegerichten 221 angegliedert sind. Die Zahl der anhängig gemachten Klagen belief sich auf 22 116, bei denen in 1413 Fällen die Prinzipale, in 20 703 Fällen die Gehilfen oder Lehrlinge die Kläger waren. Erledigt wurden durch Vergleich 9375 Sachen, durch Verzicht 170, durch Anerkenntnis 197, durch Zurücknahme der Klage 3715, durch Versäumnisurteil 1720, durch andere Endurteile 3968. Auf andere Weise, d. h. also wohl durch private Einigung, wurden 1943 Sachen erledigt; unerledigt blieben 1028. Das Verfahren dauerte bei den durch Endurteil erledigten Differenzen weniger als 1 Woche bei 724 Sachen, 1 bis 2 Wochen bei 1171 Sachen, 2 Wochen bis 1 Monat bei 1180 Sachen, 1 Monat bis 3 Monate bei 764 Sachen und länger als 3 Monate bei 129 Sachen. Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses, Ausbändigung und Inhalt des Zeugnisses betrafen 2589 Streitigkeiten; um Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis handelte es sich in 13 943 Sachen; die Rückgabe von Kautionen, Zeugnissen, Legitimationspapieren usw. betrafen 579 Sachen, um Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung oder Verpflichtungen, welche die bisher bezeichneten Gegenstände betrafen, sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnisse, Krankentafelbücher oder Quittungskarten der Invalidenversicherung handelte es sich 4749 mal; die Berechnung und Anrechnung der von den Gehilfen oder Lehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder waren 27 mal Gegenstand der Klage, und um Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Gehilfe oder der Lehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, drehte sich der Rechtsstreit in 232 Fällen.

Der Wert des Streitgegenstandes lag unter 20 Mark bei 1543 Sachen; er lag zwischen 20 und 50 Mark in 2937 Sachen, zwischen 50 und 100 Mark in 4206 Sachen, zwischen 100 und 300 Mark in 7756 Sachen und über 300 Mark in 4275 Sachen. Nicht festgestellt wurde der Wert des Streitgegenstandes in 1399 Fällen. In den Streitigkeiten vor dem Kaufmannsgericht ist Berufung nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 300 Mark übersteigt. Eingelegt wurde Berufung in 440 Fällen.

Als Einigungsamt ist das Kaufmannsgericht naturgemäß nur selten in Funktion getreten. Es wurde im ganzen 2 mal angerufen und zwar von beiden Teilen. Beide Male kam dabei eine Vereinbarung zustande. Die Zahl der von den Kaufmannsgerichten abgegebenen Gutachten beläuft sich auf 49; Anträge wurden von ihnen 83 gestellt.

### Volksernährungsfragen.

Unter diesem Titel ist vor kurzem bei der Akademischen Verlagsgesellschaft m. b. S. in Leipzig ein Buch erschienen, das zwei bedeutende Abhandlungen des bekannten Hygienikers Professor Max Rubner, Direktors des hygienischen Instituts der Universität Berlin, enthält. Die erste behandelt die Frage des kleinsten Eiweißbedarfs des Menschen, die zweite die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Armenkost. Während die erste dem Verständnis des Laien mancherlei Schwierigkeiten bereitet,

liefert die zweite in ihrer allgemeinverständlichen Darstellung auch dem nicht vorgebildeten Leser eine reiche Fülle Materials im Kampfe gegen die Nahrungsmittel vertuernden Bestrebungen, die sich in unserem Vaterlande von Jahr zu Jahr stärker und leider auch erfolgreicher geltend machen. Eine erschöpfende Besprechung des Buches, dessen Rektüre und Anschaffung für die Vereinsbibliotheken wir nur warm empfehlen können, gestattet uns der Raum unseres Blattes nicht. Wir beschränken uns deshalb darauf, einige der interessantesten Kapitel herauszugreifen.

Da wird zunächst die Bedeutung der Volksernährung überhaupt gewürdigt, die im Laufe der Jahre dem verschiedenartigsten Wandel unterliegt. Das Sinken der Arbeitslosigkeit sowohl, als auch die Vertuerung der Nahrungsmittel durch Missernten oder durch Erhöhung der Rente spielt dabei eine große Rolle. Die Volksernährung als eine der wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Hygiene ist naturgemäß von höchster Bedeutung für den Staat und seine Politik. Denn sie kommt nicht allein in Betracht für die einzelnen Individuen, sondern bildet auch die Grundlage der nationalen Leistungsfähigkeit und des Gesundheitsgrades eines Volkes. Die Geschichte der Seuchen in der Neuzeit wie im Altertum hat uns die Lehre erteilt, daß ein tiefes Darniederliegen der Volksernährung dem Ausbruch katastrophenartiger Volkskrankheiten häufig voraussetzt. Die Kriegsverluste folgen den Mängeln der Heeresverpflegung auf dem Fuße. Es wäre aber irrig, wollte man nur von den Seuchen, d. h. von den Infektionskrankheiten, sprechen; denn Mangel an Nahrung steigert die Krankheiten jedweder Art.

Rein volkswirtschaftlich kommt die hohe Bedeutung der Ernährung dadurch zum Ausdruck, daß der Geldaufwand für letztere im Verhältnis zum geringen Budget der Personen der mittleren und unteren Volksschichten ein sehr bedeutender ist. Bei einem Einkommen von 3000 Mark verwendet man für die Kost 57 Proz. vom Einkommen, bei 1500 Mark 61, bei 700 Mark 67 und bei 350 Mark 70 Prozent.

Dazu kommen dann noch 10 bis 15 Proz. für Wohnung, 15 Proz. für Kleidung, 5 Proz. für Heizung und Beleuchtung. Daraus ist zu entnehmen, daß man hauptsächlich für das tägliche Brot arbeitet, und je weniger man verdient, um so brennender wird die Nahrungfrage. Das erkennt man noch deutlicher, wenn man die absoluten Größen des Aufwandes für die tägliche Kost nach den obigen Zahlen ins Auge faßt. Für Nahrung werden danach ausgegeben: bei 3000 Mark Einkommen 1710 Mark jährlich oder 469 Pf. täglich; bei 1500 Mark Einkommen 915 Mark jährlich oder 251 Pf. täglich; bei 700 Mark Einkommen 469 Mark jährlich oder 128 Pf. täglich; bei 350 Mark Einkommen 245 Mark jährlich oder 67 Pf. täglich.

Nach der Einteilung von Prof. Schmöller gehören zu diesen Bevölkerungsschichten

1. der untere Mittelstand, die Kleinbauern, Kleinhandwerker, Kleinrentner, Subalternbeamte, Werkmeister, besser bezahlte Arbeiter mit 1800 bis 2700 Mark Jahreseinkommen. Er umfaßt etwa 3,75 Millionen Haushaltungen.

2. die unteren Klassen, die Lohnarbeiter, viele untere Beamte, ärmere Handwerker, Kleinbauern und der Rest der Bevölkerung mit weniger als 1800 Mark Jahreseinkommen. In diese Gruppe entfallen etwa 5,25 Millionen Haushaltungen.

Insgesamt also gehören zu diesen Schichten 9 Millionen Haushaltungen, das sind bei 12 Millionen im ganzen drei Viertel. Natürlich geben jene Zahlen über den Nahrungsaufwand nur ein ungefähres Bild. Sie weichen in Stadt und Land etwas von einander ab, namentlich da in den

Städten die hohen Wohnungspreise das Nahrungs- budget erheblich niederdrücken.

Nun gibt es Zeiten normaler Ernährung, in denen gewissermaßen alle Teile gleichmäßig und ausreichend ernährt werden, und Zeiten des Mangels. Von echter Hungersnot zwar lernen wir in unseren Kulturländern nichts kennen. Auf afrikanischem Gebiet indessen, ferner in Indien und China sind noch vor gar nicht so langen Jahren schwere Hungersnöte über große Volksmassen hereingebrochen. Der internationale Verkehr und die Hebung der Transportmittel haben einen großen Teil solcher Gefahren von europäischen Boden ferngehalten. Aber obgleich wir durch den Verkehr gewissermaßen an der mit Weltprodukten vollbesetzten Tafel sitzen, können politische Ereignisse, langandauerndes Darniederliegen der Geschäfte, Behinderung der friedlichen Arbeit einen Niedergang der Volksernährung, der einer Hungersnot sehr nahe kommt, hervorrufen. Ja selbst unter normalen Verhältnissen gibt es in jedem Staate für einen größeren Teil der Bevölkerung einen echten Kampf ums Dasein, einen Kampf um das tägliche Brot und damit eine Ernährung, die der Verfasser als Armenkost bezeichnet.

Dieser Begriff führt zu der Frage der Normalkost, die Prof. Rubner nicht anerkennen vermag, da es eine ganze Reihe von Möglichkeiten gibt, denen der menschliche Körper sich anpaßt und mit denen er auszukommen in der Lage ist. So ist z. B. die Ernährung der Massen fast überall eine bodenständige, d. h. den Naturprodukten des Landes angepaßt, und auch die Gewohnheiten sind von Bedeutung. Die Einwanderer in Amerika behielten im fremden Lande noch jahrelang in ihrer Küche die alten Sitten bei und akklimatisierten sich erst allmählich; ja dort, wo sie in Gruppen zusammenlebten, ist der Widerstand gegen die neue Kost oft überhaupt nicht zu brechen. So bleibt der Deutsche, der Pole, der Russe, der Franzose, der Engländer, der orthodoxe Jude, der Böhme zunächst der heimischen Sitte treu. Danach also muß jede Kost wesentlich nach den allgemeinen Sitten des Landes, wo sie gilt, beurteilt werden. Jedenfalls aber liegt eine genügende Ernährung nur dann vor, wenn eine Kost den Körper den Naturgesetzen gemäß sich entwickeln läßt und wenn der Ernährte im Verhältnis zu seiner Körpergröße eine in allen Teilen richtige anatomische Entwicklung und Leistungsfähigkeit zeigt.

Wo dies nicht der Fall ist, machen sich die Wirkungen der „Armenkost“ geltend, die sich in höheren Krankheits- und Sterblichkeitsziffern äußern. Die Nahrungsminde rung hat eine Rückwirkung auf die bakterienfeindlichen Kräfte des Körpers. Eintrittspforten, wie z. B. der Darm, werden gangbar, sobald die Ernährung eine ungenügende ist, und schließen sich bei guter Ernährung. Außerdem zeigen sich Störungen der normalen Körpervorgänge auf dem Gebiete der Wärmeregulation, der Verdauung und der Drüsenarbeit. Auch schnelle Ermüdbarkeit gehört zu den Symptomen eines herabgekommenen, schlecht ernährten Organismus. Aber nicht nur körperliche Schädigungen zeigen sich, sondern auch seelische. Im Bewußtsein der körperlichen Gebrechlichkeit entsteht die Neigung zu trüber Stimmung, zu latent- und energielosem Jammer. Wie der schlechte Körper empfänglich ist für Krankheiten aller Art, so das Gehirn der Herabgekommenen für agitatorische Behandlung und Beeinflussung, für die Steigerung der Unzufriedenheit, für Groll und Haß, für Auflehnung und Revolte.

Ragenfragen spielen, wieder der Politiker wissen sollte, eine große Rolle; sie lösen unter Umständen alle Wände der Natur. Eine gut genährte Bevölkerung ist eine leicht zu regierende Masse. Die richtige Preisregulierung der Volksernährungsmittel durch Handelspolitik und andere Mittel ist eine Hauptaufgabe einer vernünftigen Staatsleitung. Denn was für den einzelnen Menschen gilt, das trifft auch für die Gesamtheit des Volkes zu. Die Gefahren der Ausbreitung eingeschleppter Seuchen, wie der Cholera, wachsen bei allgemeiner schlechter Ernährung; die Aufwendungen für Krankenpflege, Krankenhausunterkunft, für Siedle und andere Versorgungsbedürftige lasten schwer auf Staat und Gemeinde. Die Kinder leiden an Kränklichkeit und ungenügendem Wachstum. Die Ausbeutungsergebnisse für militärische Zwecke werden ungünstiger, der Grad der Leistungsfähigkeit der Arbeiter wird vermindert.

Schon aus diesen volkswirtschaftlichen Gründen erwacht dem Staate die Pflicht, der Volksernährungsfrage eine regere Aufmerksamkeit zu widmen. Deshalb verlangt Prof. Rubner eine staatliche Zentrale, die sich mit dem Studium der öffentlichen Ernährung beschäftigen soll.

Das Studium der Ernährung der landwirtschaftlichen Haustiere sei in verständiger und auch erfolgreicher Weise von den Behörden gefördert worden; in einem krassen Gegensatz dazu stehe die stiefmütterliche Behandlung, die man der menschlichen Ernährungsfrage entgegengebracht hat. Ein besonderes Zentralnahrungsamt müsse in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage geschaffen werden. Hier müßten alle einschlägigen Fragen zusammengefaßt werden, neben der Feststellung der Nahrungsweise in den verschiedenen Teilen des Landes, der wissenschaftlichen Prüfung solcher Ergebnisse, vor allem auch das Nahrungsmittelwesen, die Gewinnung neuer, die Verbesserung schon gebräuchlicher Nahrungsmittel, die Prüfung der Konservierungsmittel, der Nahrungsmittelverkehr, hier wäre die Defonomie der Ernährung, die Preisbildung, die Verbesserung der Nahrungsmittelbereitung, die Technik der Speiserebereitung zu unterjuden und die öffentliche Ernährung in Speisehäusern, durch Krankfütterern, ferner die Gefängnisernährung, die Kinderernährung und ähnliches zu prüfen. Ferner hätte diese Zentrale namentlich auch die Förderung aller Maßnahmen, welche die Verbesserung des Ernährungswezens zum Ziele haben, ins Auge zu fassen, ferner öffentliche Belehrung, Hebung der Haushaltung- und Kochschulen usw.

Man wird diese Forderung des ausgezeichneten Hygienikers durchaus unterfertigen können. Doch scheinen uns die Vorschläge des Staates zu eng gefaßt. Ein Staat, der seine Aufgaben richtig erkennt, dessen leitenden Persönlichkeiten die hohe Bedeutung einer guten Volksernährung bewußt ist, der muß in erster Linie dafür sorgen, daß nicht durch eine verkehrte Zoll- und Steuerpolitik den breiten Massen des Volkes die Nahrungsmittel verteuert und die Möglichkeit einer ausreichenden Ernährung unterbunden wird. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, wie schwer in dieser Beziehung am deutschen Volke gesündigt wird. Die Verantwortung für die Folgen haben diejenigen zu tragen, die diesen Mißbrauch auf die Leiden des Volkes ermöglicht und unterstügt haben.

### Der Kampf gegen die Schundliteratur

muß von jedem unterstützt werden, der es ehrlich mit unserer Jugend und mit unserem Volke meint. Deshalb geben wir gern folgenden Ausführungen Raum:

Wieviel ist in den letzten Jahren zur Bekämpfung der Schundliteratur geredet und geschrieben worden! Immer wieder wurde auf die Gefahr hingewiesen, die all die vielen Serien von Buffalo Bill und Dick Carter und Wat Pinkerton und den geheimen Geschichten für unsere heranwachsende Jugend bedeuten. Und in der Tat, die Gefahr ist groß — aber ob das Reden und Schreiben allein zum Ziele führt? Ich glaube nein. Wenigstens kann man nicht sagen, daß die Hefte verschwunden sind. Und so lange diese Hefte den Jungen und jungen Leuten auf Schritt und Tritt entgegengetreten, werden sie die Geschichten auch lesen. Denn es gibt nur ein Mittel, die schlechten Erzählungen zu bekämpfen: es müssen ebenso wirksame, ebenso billige und ebenso leicht erreichbare, aber wertvolle Geschichten geschaffen werden, mit einem Umwag, der ein Bild zeigt wie die Schundhefte. Dieser Gedanke ist nicht neu; aber er ist noch nicht einwandfrei verwirklicht worden. Jetzt haben sich die Vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse die schwierige, aber lohnende Aufgabe gesetzt, eine Zehnpennigbibliothek für jung und alt zu schaffen unter dem Titel Deutsche Jugendbücher. Die Sammlung soll die besten und wirkungsvollsten modernen und alten Schriften enthalten, die für alt und jung gleich interessant sind. Vor kurzem sind die ersten sechs Hefte erschienen; sie bringen folgende Erzählungen: Heft 1 Detlev v. Ailieneron: Drei Kriegsnovellen; Heft 2 Sealsfield: Der Kampf ums Wodhaus; Heft 3 Gerfläder: Der Schiffszimmermann; Heft 4 Polito: Gefangen im Kaukasus; Heft 5 und 6 v. Perfall: Jach, eine Goldgräbergeschichte.

Alle diese Erzählungen sind nicht für die Jugend geschrieben, aber sie sind vorzüglich für jugendliche Leser geeignet. Sie zeigen eine lebhaft, rasch fortschreitende padende Handlung und die Charaktere sind so einfach, daß auch die Jugend ihre Handlungsweise versteht. Die folgenden Hefte sind nach denselben Gesichtspunkten ausgewählt. Die Deutsche Jugendbücherei wird noch Erzählungen bringen von Raabe, Zahn, Schmitzhenner, Knecht, W. Fischer, Thompson, Hauff, Kleist, Hebbel, Hoffme, und natürlich von Cooper, Defoe, Swift und Beecher-Stowe; denn die alten Lieblinge der Jugend, Lebertrumpf, Robinson, Gulliver und Onkel Tom, dürfen nicht fehlen. Auch das alte deutsche Volksgut, die Sagen und die Volksbücher werden vertreten sein. Diese Aufzählung zeigt, daß die Deutsche Jugendbücherei nur wertvolle Erzählungen bringen wird. Für den, der die Arbeit der deutschen Jugendbücherei kennt, ist das von vornherein selbstverständlich. Die Ausschüsse sind geschäftlich an dem Unternehmen nicht beteiligt; sie besorgen nur die Auswahl. Das Geschäftliche liegt in den Händen des Verlegers Herrn. Giller, Berlin W. 9. Von dort sind auch die Bücher zu beziehen, falls die Buch- und Papierhandlungen sie nicht führen. G. L. Köster (Hamburg).

An alle Freunde der guten Sache, so bemerkte dazu der Düren-Bund, ergeht die Mahnung, mit aller Kraft für das neue Unternehmen, dessen Kulturaufgabe ersten Ranges ist, einzutreten. Vor allem müssen die kleinen Geschäfte, die sonst die Schundhefte führen, auf diese ebenso billigen Hefte aufmerksam gemacht werden, die vom Verlag zu denselben günstigen Bedingungen abgegeben werden wie die Dick Carter-Hefte. Es muß gelingen, diese Geschäfte zu gewinnen — dann wird auch die Jugend gewonnen werden.

Wir wünschen von ganzem Herzen im Interesse der Bildung der Nation diesen Sätzen weitmöglichste Verbreitung und Beachtung.

### Allgemeine Kundschau.

Freitag, den 27. August 1909.

In der gestrigen Zentralratsitzung wurde zunächst der Revisionsbericht entgegengenommen. Sodann wurde Mitteilung gemacht von der Konstituierung des Gewerkevereins der Deutschen Eisenbahner, dem bereits 9 Ortsvereine angehören und dessen Aufnahme in den Verband vollzogen wurde. Ebenso wurden die Ortsvereine der Brauer in Magdeburg, Halle und Göllich, ihren Anträgen gemäß, in den Verband der Deutschen Gewerkevereine aufgenommen. Mit Befriedigung wurde weiter die Mitteilung begrüßt, daß in Halle und Elberfeld Ortsvereine der Gemeindearbeiter gegründet worden sind, die sich dem Gewerkeverein der Gemeindearbeiter angeschlossen haben. Der vom geschäftsführenden Ausschuss geplante volkswirtschaftliche Kursus soll im Dezember stattfinden. Das vorgeschlagene Programm soll einer Stürzung unterworfen werden.

Das Adressenverzeichnis des Gewerkevereins der Deutschen Eisenbahner wird auf der letzten Seite dieser Nummer bekannt gegeben. Wir erlauben die Mitglieder des genannten Gewerkevereins und auch alle diejenigen, die für denselben agitatorisch tätig sein wollen, dieses Verzeichnis auszuscheiden und aufzuheben. Gleichzeitig benutzen wir die Gelegenheit, an alle diejenigen Ortsverbände, die sich Agitationsmaterial haben zufinden lassen, die erneute Mahnung zu richten, nunmehr energisch in die Agitation für den Gewerkeverein der Deutschen Eisenbahner einzutreten. Es geht überall vorwärts. Die junge Organisation entwickelt sich über Erwarten schnell und gut. Da müssen diejenigen Kollegen, die bereits den Anfang gemacht haben, nun auch in ihrer Tätigkeit fortfahren und alles aufbieten, daß auch an ihrem Orte recht bald ein Verein der Eisenbahner ins Leben gerufen werden kann. Aber auch dort, wo bisher noch kein Versuch gemacht worden ist, darf man nicht zurückstehen, sondern soll sich bemühen, es den übrigen Ortsverbänden nachzumachen und die Eisenbahner zum Anschluß an unseren Gewerkeverein zu bewegen. Agitationsmaterial wird auch weiter gegen vorn vom Hauptschriftführer des Gewerkevereins der Deutschen Eisenbahner, Kollegen Gerhard Böhm, Gleiwitz, Barbarastraße 56, zur Verfügung gestellt.

Für die infolge der Erhöhung der Steuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter werden jetzt von den verschiedenen Behörden die Bestimmungen veröffentlicht, die bei der Geltendmachung von Unterstützungsansprüchen beobachtet werden müssen. An Weitläufigkeit und Unflätlichkeit lassen diese Vorschriften nichts zu wünschen übrig.

Einem einfachen Tabakarbeiter dürfte es wirklich schwer fallen, alle die gestellten Vorbedingungen zu erfüllen, weshalb es nur mit Freunden begrüßt werden kann, daß der Generalrat des Gewerkevereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter es auf sich genommen hat, für die arbeitslos gewordenen Mitglieder diese Unterstützungsgehalte vor schriftsmäßig anzufertigen. Gleichzeitig aber erklärt er sich bereit, auch für diejenigen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, die etwa anderen Gewerkevereinen angeschlossen sind, die Eingaben ebenfalls mit fertigzustellen. Diesbezügliche Gesuche sind an den Kollegen August Hoff in Seidelberg, Brüdenstraße 17, zu richten.

Arbeiterbewegung. Für die Brauer und sonstigen in Brauereibetrieben beschäftigten Arbeiter in Worms ist es nach längeren Bemühungen gelungen, einen Tarif zum Abschluß zu bringen, der den Arbeitern außer sonstigen Verbesserungen wesentliche Lohn erhöhungen gewährt. Vor allen Dingen aber wurde es durch die Bemühungen des Kollegen Walger von unserem Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. erreicht, daß die Brauereibesitzer die Organisation anerkannter

# Gedenket der im Kampfe befindlichen schwedischen Kameraden!

und sich in Verhandlungen mit ihr einließen. — Bei der Firma Vorjig in Regell b. Berlin sind die Lადierer wegen andauernder erheblicher Affordabzüge in den Streik getreten. — Weil sie nicht auf ihr Koalitionsrecht verzichten wollten, wurden vor mehr als einem Vierteljahr die Glasarbeiter in Geiersthal ausgesperrt. Jetzt hat die Firma sich genötigt gesehen, die Arbeit wieder aufnehmen zu lassen, nachdem die Arbeiter auf keinen Fall sich zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht bereit erklärten. — Als Folge der Bierverteuerung kann man den Streik der Jungbierkutscher in Berlin betrachten. Dieselben verkaufen das Bier auf eigene Rechnung und sollen dafür jetzt pro Liter 13 Pf. verlangen. Da sie unter diesen Umständen nicht konkurrenzfähig zu bleiben glauben, verlangten sie die Festsetzung eines niedrigeren Preises. Da ihnen dies verweigert wurde, streifen sie. — In München haben die Weinfürer den Tarif gekündigt und neue Verhandlungen mit den Arbeitgeber angeknüpft, die bezüglich der neunstündigen Arbeitszeit und der Urlaubs- und Lohnverhältnisse zu einer Einigung führten. Auch die übrigen Differenzen dürften beigelegt werden. — In eine Lohnbewegung sind die Seigungs- monteur und Helfer in Straßburg i. Elz, eingetreten. Sie verlangen bei möglicher Vermeidung der Ueberstundenarbeit eine Festsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden, prozentualen Aufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit und Festsetzung von Mindeststundenlöhnen. — Die Aussichten auf Beilegung der Differenzen im Winenschiffahrtsgewerbe der Elbe und Havel sind leider gering. Die Arbeitgeber sind entschlossen, auf keinen Fall über eine Lohn- erhöhung von 5 Mark pro Monat für Bootsleute und Seizer hinauszugehen, während die Vertreter der Arbeitnehmer diesen Satz für unannehmbar erklärt haben. Die Unternehmer rüsten sich daher schon für eine neventuellen Ausstand. Die endgültigen Beschlüsse sollen auf beiden Seiten am 28. d. M. gefaßt werden.

**Festsetzung von Mindeststundenlöhnen.**  
In den in Galizien gelegenen Kohlen- gruben von Siersza und Lencz, sowie in dem Zinnwert von Kra sind annähernd 2000 Arbeiter in den Streik getreten. Auch die in den benachbarten Gruben beschäftigten Arbeiter, etwa 4500, beabsichtigen, sich der Bewegung anzuschließen. — In Paris haben die Maurer beschlossen, in den allgemeinen Streik einzutreten, um gegen die Einführung der Affordarbeit zu protestieren.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Juli** läßt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ ebenso wenig wie in den Vormonaten eine einheitliche Beurteilung zu. Der Arbeitsmarkt in den einzelnen Großindustrien wies wenig Änderungen im Vergleich zum Vormonat auf, eine Verschlechterung von erheblicher Bedeutung trat jedenfalls nicht in die Erscheinung.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt war die Förderung bei 27 Arbeitstagen größer als im Vormonate, der Absatz blieb jedoch, auf den Werttag berechnet, hinter dem des Vormonats zurück; auf dem Arbeitsmarkt hielten sich wie im Vormonat Angebot und Nachfrage das Gleichgewicht. Die oberirdischen Kohlengruben hatten keine wesentliche Veränderung des Geschäftsganges zu verzeichnen; an inländischen Arbeitern bestand noch Mangel, an ausländischen Arbeitskräften war genügendes Angebot vorhanden.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Braun- kohlenbergbau war ungleich; stellenweise wird über Mangel an Arbeitskräften infolge der Ernte geklagt; im Bitterfelder Revier, bei Halle und Naumburg sowie im Beitz-Neuselwitzer Revier überwiegt das Angebot die Nachfrage. Was die Hoheisenherzeugung betrifft, so bestand in Oberhesseln Mangel an inländischen Arbeitern, in Westdeutschland zeigte sich hingegen vielfach ein starkes Ueberangebot.

In den Stahl- und Walzwerken war der Geschäftsgang im allgemeinen ähnlich dem im Vormonate, die vorhandenen Arbeitskräfte reichten fast durchweg aus. Aus dem Maschinenbau wird vielfach eine Belebung berichtet; das Arbeitsangebot war häufig auch noch größer als die Nachfrage. Der Arbeitsmarkt in der elektrischen Industrie zeigte noch das frühere Bild; in den Großstädten überstieg das Angebot die Nachfrage, sonst hielten sich Angebot und Nachfrage die Wage. In der Textilindustrie, in

der früher andauernd Arbeitermangel herrschte, waren nunmehr fast durchweg genügend Arbeitskräfte vorhanden. In der gemischten Industrie boten sich insbesondere in den Großstädten mehr Arbeiter an, als verlangt wurden; sonst war das Angebot normal. Im Baugewerbe steigerte sich der Beschäftigungsgrad weiter; stellenweise fehlten Bauhandwerker. Ungünstig beeinflusst wurde die Lage des Arbeitsmarktes vor allem in den Großstädten durch die stille Zeit in einigen Saisongewerben, vor allem im Schneidergewerbe, und im Handelsgewerbe.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Frankenkassen ergab sich am 1. August gegen den 1. Juli eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 12 637 Mitglieder, eine Zunahme, die sich aus einer solchen bei den männlichen Mitgliedern um 15 891 und einer Abnahme bei den weiblichen Mitgliedern um 3254 Personen zusammensetzt. Im Vorjahre zeigte sich zur gleichen Zeit eine Abnahme von insgesamt 22 760 Mitgliedern, die sich aus einer Abnahme von 9501 männlichen und von 13 259 weiblichen Personen zusammensetzte. Darnach war in diesem Jahre der Beschäftigungsgrad erheblich günstiger als im Vorjahre.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten verschieden. Nach dem Berliner Berichte besserte sich hier die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes sowohl im Vergleiche zum Vorjahr als auch zum Vormonate. Eingegangen hat sich nach dem Bericht aus Westfalen der dortige Arbeitsmarkt noch mehr verschlechtert. Die badischen Arbeitsnachweise berichten gleichfalls eine ausgesprochen ungünstige Lage.

Die Verkehrseinnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Juli 1909 um 3 897 448 Mark höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehr- einnahme von 31 Mark oder 1,18 Prozent auf einen Kilometer.

**Die Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Finanzreform** hat dieser Organisationsrichtung offenbar sehr erhebliche Schwierigkeiten geschaffen. Die „christlichen“ Arbeiter können sich in die Gebotensangabe ihrer Führer nicht hineinfinden, und an vielen Orten macht sich die lebhafteste Opposition geltend. Die christlichen Organe müssen natürlich die Herren jetzt so gut wie möglich herauszubauen suchen, und tun dies auch mit mehr Eifer als Gehärd. Auch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ unterzieht sich in seiner letzten Nummer dieser undankbaren Aufgabe und kommt dabei zu dem Resultat, daß die christlichen Gewerkschaften infolge ihrer angeblichen Neutralität die Haltung der Abgeordneten im Reichstage so lange nichts angehe, als es sich nicht um die Grundlagen der Arbeiterbewegung oder um gewerkschaftliche Interessen handle. Dazur bemerkt die „Frankf. Ztg.“:

„Also das Prinzip der politischen Neutralität soll die christlichen Gewerkschaften aus aller Kamalität herausreißen. Nun ist das Neutralitätsprinzip für die Gewerkschaften auch nach unserer Meinung durchaus richtig, aber seine Anwendung auf die Finanzreform scheint uns völlig verfehlt zu sein. Wenn die mit der Sozialdemokratie kooperierenden freien Gewerkschaften das Neutralitätsprinzip zu eng auslegen, so wird ihm hier von den christlichen Gewerkschaften entschieden eine zu weite Ausdehnung gegeben. Denn die Finanzreform war keineswegs eine rein politische, sie war vielmehr zugleich in hervorragendem Maße eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage, die die Interessen der Arbeiter sehr wohl berührte. Es geht nicht an, daß die christlichen Arbeitervertreter in dieser Frage eine direkt arbeit- feindliche Politik treiben und dann nachher in ihren Gewerkschaften erklären: „Ihr habt hier nicht dreinzureden; wir verweigern die Aussage!“ Die Arbeiter können darauf mit Recht erwidern, daß ihre Führer sich in der Frage der Finanzreform unter keinen Umständen hinter das Neutralitätsprinzip verschließen dürfen, nicht nur, weil dieses Prinzip die Haltung der Abgeordneten in der Finanzfrage sachlich gar nicht deckt, sondern vor allem auch deshalb, weil die christlichen Arbeitervertreter ja gerade während der Finanzaktion sich gegenüber den politischen Parteien in ein Maß von Abhängigkeit begeben haben, wie es mit dem Neutralitätsprinzip sicherlich nicht vereinbar ist. Und damit kommt man auf den Kern der Sache. Es ist eine unbefristete Tatsache, daß die Arbeiterabgeordneten des Zentrums Anhänger der Erbschaftsteuer auf Kinder und Watten waren, und daß sie nachher trotzdem gegen diese Besteuerung gestimmt haben, weil die parteiinternen Gesichts-

punkte des Zentrums ihnen wichtiger waren als alle finanz- und sozialpolitischen Gründe. Sie haben damit deutlich dokumentiert, daß sie bei einem Widerstreit der Parteiinteressen des Zentrums und der Arbeiterinteressen sich auf die Seite der Partei und nicht der Arbeiter schlagen, und das ist allerdings eine Stellungnahme, für die sie den Arbeitern Rechenschaft schuldig sind. Man verwöhnt die Arbeiter, wenn man sie ihnen verweigert.“

Wir haben diesen durchaus zutreffenden Ausführungen nichts hinzuzufügen.

**Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich im zweiten Vierteljahr 1909.** Die Zahl der im genannten Zeitraum beendigten Streiks betrug insgesamt 527 gegen 482 im zweiten Quartal 1908. Nahezu die Hälfte dieser Streiks, nämlich 255, entfallen auf das Baugewerbe. Betroffen wurden von den Streiks 1761 (2642 im Vorjahre) Betriebe. Auch von den Betrieben gehörte nahezu die Hälfte, nämlich 818, zum Baugewerbe. Zu völligem Stillstand gebracht wurden 451 Betriebe (571), die zusammen 81 689 (74 144) Arbeiter beschäftigten. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Arbeiter betrug 31 449 (26 604), von denen 3228 (2905) zum Feiern gezwungen wurden. Was den Erfolg dieser Streiks anbetrifft, so endigten 87 (67) mit vollem, 206 (168) mit teilweisem und 234 (247) ohne jeden Erfolg für die Arbeiter. Aussperrungen wurden in demselben Zeitraum vorgenommen 31 (87), die sich über 262 (1064) Betriebe erstreckten. Zu völligem Stillstand gebracht wurden durch die Aussperrungen 40 (237) Betriebe, die 3889 (31 586) Arbeiter beschäftigten. Die Zahl der Aussperrten belief sich auf 1851 (13 734); zum Mitfeiern gezwungen wurden 22 (202). Einen vollen Erfolg für die Arbeitgeber hatten von diesen Aussperrungen 10 (48), einen teilweisen Erfolg 16 (35), keinen Erfolg 5 (4).

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hält, einer Einladung des Magistrats der Metropole des westfälischen Industriegebietes folgend, ihre diesjährige Hauptversammlung vom 2. bis 4. Oktober in Dortmund ab. Auf der Tagesordnung stehen Verhandlungen über den Kampf gegen die Schundliteratur. Referate über den Gegenstand werden erstatten: Schriftsteller Dr. Heinrich Spiro, Hamburg („Das Volk und die Literatur“), Rektor C. R. A. Prekel, Berlin („Die literarische Erziehung der Jugend in Schule und Haus“), Dr. Jaeschke, Direktor der Stadtbücherei in Elberfeld („Die Verbreitung guter Literatur im Volke“) und Professor Dr. Brunner, Forzheim („Die Befämpfung der Schundliteratur“). Außerdem werden in Nebenversammlungen Dozent Franz Fürstner, Berlin, über „Lichtbildervorträge, Demonstrationsapparate, Kinematographen“ und Sekretär Th. S. Janzen, Berlin, über die Werbetheilnahme der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung referieren. Anfragen und Anmeldungen sind an den Direktor der Wilhelm-Auguste-Biblioteca-Bibliothek, Dr. Erich Schulz, in Dortmund zu richten.

Der Generallstreik in Schweden, der nun bereits in die vierte Woche hinein dauert, hat erfreulicherweise weiter einen ruhigen Verlauf genommen. Auch heute kann keine wesentliche Änderung in der Situation verzeichnet werden. Nur ganz vereinzelt ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die bürgerlichen Blätter nennen im ganzen 15 Orte, führen aber keine Zahlen an über die Arbeitswilligen. Das läßt immerhin darauf schließen, daß von einer sehr erheblichen Wiederaufnahme der Arbeit nicht die Rede sein kann. Auch die Mitglieder des schwedischen Arbeiterbundes sind der Aufforderung ihres Vorstandes nun vereinzelt gefolgt. Fast überall haben sie sich geweigert, wieder in die Betriebe zu gehen. Das trotz der großen Not die schwedischen Arbeiter so musterhafte Ruhe bewahren, stellt ihnen ein glänzendes Zeugnis aus. Zu wünschen wäre nur, daß endlich eine Instanz sich fände, die mit Energie eine Beilegung des Konfliktes herbeizuführen versteht. Inzwischen wiederholen wir unsere Bitte an die Verbandskollegen, die Sammlungen für die schwedischen Kameraden energisch fortzusetzen, damit wir ihnen über die schwere Zeit der Not und der Entbehrungen mit hinweghelfen.

### Gewerkevereins-Teil.

**Ullwasser.** Am 16. August hielt unser Ortsverband eine öffentliche Versammlung ab. Daß diese Versammlung eine Notwendigkeit und von allgemeinem Interesse war, zeigte der überaus starke Besuch. Der 500 bis 600 Personen fassende große Saal zum „Weißen Hof“ war überfüllt, so daß die Lebensmittel knapp waren und viele wieder umkehren mußten. Personen aller Berufe und Stände waren vertreten. Nachdem der Verbandsvorsitzende Kollege Sittka mit einem Hinweis auf den Schnapsboykott die Versammlung eröffnet hatte, ergriff der Referent Kollege Müller-Breslau das Wort zu seinem Vortrage über die „Typhusepidemie, ihre Ursachen und Folgen“. Der Redner kritisierte zuerst das ungeheure Anwachsen der Militärlasten, so daß für andere nützliche kulturelle und hygienische Zwecke kein Geld übrig sei. Auch die verkehrte Sozialpolitik trage indirekt zur Ausbreitung von Epidemien bei, indem durch die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel eine Unterernährung stattfindet. Erst jetzt wieder sei durch die Belastung der erwerbstätigen Klassen mit den neuen Steuern ein Freiwerden der Volksgesundheit begangen worden. Auch in der Industrie, speziell im Bergbau, seien die Zustände oft verärgert, daß die Volksgesundheit gefährdet werde. So werde häufig durch den Grubenbetrieb das Wasser entzogen und verschlechtert, ohne daß entsprechender Ersatz geschaffen würde. Die Epidemie an hiesigen Orten sei ebenfalls durch die unverantwortliche Rücksichtslosigkeit der Grubenverwaltung und deren Funktionäre entstanden. Schuld treffe auch die hiesige Gemeindeverwaltung, die es an der nötigen Umsicht und Energie in der Ausübung ihrer Aufsichtsbefugnisse und Befolgung der lange bekannten Vorschriften habe fehlen lassen. Nachdem der Redner an vielen Beispielen bewiesen hatte, daß der Grube die Schuld zuzuschreiben sei, kam er auf die Zusammengehörigkeit der Gewerbetreibenden und der Arbeiter zu sprechen. Wenn es dem Arbeiter schlecht geht, so hat auch der Gewerbetreibende darunter zu leiden. Auch die Frauen, die in der Versammlung stark vertreten waren, sollten sich mehr für Politik interessieren. Mit einem Appell zum Kampfe gegen die Reaktion schloß der Redner seine Ausführungen, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurden.

In der darauf folgenden Diskussion, an der sich auch die stark vertretenen freien Gewerkschaften durch den Reichstagsabg. Gache, Arbeitersekretär Osterroth u. a. beteiligten, stimmten dieselben im wesentlichen den Ausführungen des Referenten vollständig bei und demonstrierten an weiteren Beispielen die mißlichen Zustände in Ullwasser. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute im Saale des Gasthofes zum „Weißen Hof“ von vielen Hunderten von Personen besuchte Versammlung fordert ebenso dringend wie energisch die Gemeindeverwaltung sowie Gemeindevertretung auf, die nach Ansicht aller Sachverständigen allein durch die gewissenlose Handlungsweise der „Segen-Gottes-Grube“ geschaffenen Lebensgefährlichen und jeder Hygiene hohnsprechenden Zustände schleunigst ohne weitere Kosten für die Gemeinde zu beseitigen und zugleich Schritte zu tun, um die Schuldigen zivil- sowie strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.“

**Julius Weik**, Ortsverbandsschriftführer.

**Gannstatt.** Die zum 18. August vom Ortsverband der Deutschen Gewerkevereine einberufene öffentliche Versammlung erstreute sich eines außerordentlich guten Besuchs. Herr Jlg.-Stuttgart hielt ein Referat über das Interesse der Arbeiter an den neuen Reichssteuern. In ruhiger und sachlicher Weise besprach der Redner eingehend die einzelnen Steuerarten und schilderte ihre Bedeutung für den einzelnen Haushalt. Daraus wies er nach, wie sehr der Mittelstand und insbesondere die Arbeiterschaft durch sie geschädigt werden. Da-

durch müssen beide zum Bewußtsein gelangen, daß nur durch den festen Zusammenschluß von Arbeiterschaft und Bürgertum eine freiheitlich-vollständige Politik durchzuführen ist. Der Vortrag fand lebhaften Beifall bei allen Zuhörern. In der Diskussion verhandelten einige christliche Gewerkschaftler, die sich als Anhänger des Zentrums bezeichnen, das Verhalten ihrer Partei bei der Reichsfinanzreform zu recht fertigen, was ihnen aber gründlich mißfiel. Das beweist die stürmische Zustimmung, welche die Redner ernteten, die diesen Christlichen entgegentraten, wie die Kollegen Fuchs, Brandt und Kappeler. Es darf erwartet werden, daß die auffällige Versammlung unserer Sache neue Anhänger bringt.

### Verbands-Teil.

#### Eisenbahner, ausschneiden und aufkleben!

#### Adressenverzeichnis des Gewerkevereins der Deutschen Eisenbahner.

- Gleiwitz:**  
Vor. Friemer, Bergwerkstr. 32.  
Schriftf. Girndt, Zabrgerstr., Familienhäufer.  
Kassierer Wetter, Barbarastr. 46.
- Dreslau:**  
Vor. Korn, Friedrichstr. 76.  
Schriftf. Rühlisch, Matthäustr. 104.  
Kassierer Kurnoth, Wörthstr. 20.
- Brandenburg:**  
Vor. Breitschneider, Gr. Koloniestr. 11b.  
Schriftf. Schade, Bahnhofstr. 4.
- Ratibowitz:**  
Vor. Starositz, Dorfstr. 4.  
Schriftf. Wittner, Nottebohmstr. 10.  
Kassierer Breitkopf, Nottebohmstr. 7.
- Sommerfeld:**  
Vor. Schulz, Lubis Nr. 2.  
Schriftf. Jähnisch, Südstr. 115a.  
Kassierer Voh, Südstr. 115a.
- Königszell:**  
Vor. Wüblich, Alt-Zauernitz, Bahnwärterhaus 40.  
Schriftf. Herfert, Schneidmayerstr. 5.  
Kassierer Kluge, Schulstr. 2.
- Raubach:**  
Vor. Moldenhauer, Neukere Raumburgerstr. 12.  
Schriftf. Richter, Kreuzgasse 8.  
Kassierer Trautmann, Ketzdorf, Teichstr. 3.
- Görlitz:**  
Vor. Gruchot, Melancthonstr. 45.
- Berlin:**  
Vor. Eichhorn, Borhagen-Rummelsburg, Profenerstraße 25.  
Sämtliche Anfragen sind zu richten an Haupt-schriftführer Gerh. Böhm, Gleiwitz, Barbarastr. 56.

#### 2. Quittung über eingegangene Unterstützungs-gelder für die am Generalstreik beteiligten schwe-dischen Gefinnungskollegen.

**Fabrik u. Handarb.:** Birna Nr. 5. **Gemeinde-arbeiter:** Berlin 74. **Graphische Berufe u. Maler:** Finsterwalde 3, Leipzig 5. **Maschinenbau- und Meta-llarbeiter:** Rall 5, Leipzig II 10, Remscheid 5. **Schneider:** Wilhelmshaven 5. **Schmied u. Le-derarbeiter:** Generalrat 100, Rixdorf 5,50, Weiskensfeld 50. **Textilarbeiter:** Generalrat 150. **Löcher:** Belten 10. **Ortsverbände:** Königsberg 100, Leopoldshall-Staff-

furt 10. **Privat:** R. Müller-Berlin 1,50. **Summa** Nr. 539,00.  
Bereits quittiert Nr. 1769,90. **Insgesamt Nr. 2308,90.**  
Berlin, den 26. August 1909.  
Rudolf Klein, Verbandskassierer.

### Berichtungen.

**Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.).** Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O. Greifswalderstraße 221/223. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. — **Gewerkevereins-Liebertafel (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Lebungshunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Berliner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Radau, Waldstraße 53. — **Bildhauer.** Montag, 30. August, abends 9 Uhr, Versammlung Dresdenerstraße 10 bei Freuß.

### Orts- und Bezirksverbände.

**Magen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Deutzer, Ede Hansemannplatz und Sünderstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., im Stillmanns Hotel, Boßstr., Distriktsabende. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Victor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sanderbräu, Berber-gasse 28, statt. Gäste sind herzlich willkommen. — **Wittenberg (Distriktsklub).** Jeden Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hagen-lamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Walt-helm-Neub. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Lebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburg-strasse 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weiskensfeld a. S. (Ge-finnungsabteilung der Gewerkevereine).** Lebungshunde jeden Dienstag, abends 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizer-haus“, Schützenstraße. Gefinnungskollegen sind stets willkommen. — **Zwickau (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Stettin (Sänger-chor der Gewerkevereine).** Die Lebungshunde finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herz. willkommen. — **Weiskens-feld (Ortsverband).** Sonnabend 4. September im Re-aurant Schumanns Garten Ortsverbandssammlung. T.O.: 1. Verlesung des Protokolls letzter Versammlung. 2. Aussprache und Aufstellung eines Kandidaten als Stadt-verordneter. 3. Bericht über die Maßnahmen bei der Wahl der Kollegen zur unteren Verwaltungsbehörde. 4. Ver-schiedenes. — **Neckermünde a. Muege. (Ortsverband).** Sonntag, 29. August, nachmittags, Vertreterversammlung im Neckermünde, „Deutsches Haus“. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverb.).** Sonnabend 4. September, abends 8 Uhr, 41. Stiftungsfest in den Sälen der Königs-worlh, Brühlstr. 12.

#### Wendungen bzw. Ergänzungen zum Adressen-verzeichnis.

**Planen (Ortsverein d. graphischen Berufe).** Döhr a Gräner, 1. Borghener, Wipredstr. 50; Georg Krobelt, 2. Borghener, Forststr. 142; Adolf Biegel, Kassierer, Forststraße 116; Otto Hüjer, Schriftführer, Seifingstraße 134.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

### Gewerkeverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter. Agitationsbeamter gesucht!

Für unsern Gewerkeverein wird zu sofortigem Eintritt ein Agitationsbeamter gesucht.  
Bewerbungsschreiben mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und einem Aufsatze über: „Die sozial-wirtschaftlichen Aufgaben der Deutschen Gewerkevereine im allgemeinen sowie über die Tätigkeit eines Agitationsleiters im besonderen“, sind unter Befügung der Gehaltsansprüche bis zum 5. September d. J. an den Generalsekretär Aug. Hoff, Heibelberg, Brüdenstr. 17, einzusenden. Be-zugskollegen werden bevorzugt.

### Ortsverbandsskonferenz in Magdeburg.

Die Ortsverbandsskonferenz für den 6. Bezirk findet **Sonntag, den 29. August, vormittags 11 Uhr,** in Magdeburg, in der „Wilhelma“, Lübeckstraße 129, statt.  
**Tagesordnung:**  
1. Das Programm der Deutschen Gewerkevereine,  
2. Die Aufgaben des Ortsverbands.  
Referent: Verbandskassierer, Kollege Rudolf Klein - Berlin.  
Zum 6. Bezirk gehören die Ortsverbände: Aschersleben, Bitterfeld, Burg, Dessau-Roslag, Hörterstr., Friedersdorf, Halberstadt, Halle, Jessnitz, Leopoldshall, Staßfurt, Magdeburg, Neiseburg, Rathenow, Rudolfsb., Schönebeck, Wittenberg, Wittenberge und Zerbst.  
Alle diese Ortsverbände werden ersucht, Delegierte zur Konferenz zu entsenden. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist erwünscht.  
Der geschäftsfähigste Ausschuss.  
S. A.: Rudolf Klein.

### Fahnen, Vereinsabzeichen, Schäpenc. a. schönsten und billigsten bei Th. Berkop, Oppeln.

### Tanz-Schule

**Otto Herzbach,**  
Anton-Besfil (Gewerkschaftshaus),  
Greifswalderstraße 221. Beginn  
neuer Tanzkurse Anfang und Mitte  
jedes Monats. Damen, welche ge-  
wünscht sind, meinem Tanz-Institut  
beizutreten, erhalten zur Vervoll-  
ständigung der Paare freien Un-  
terricht.  
Gesch. Melbungen erbeten bis  
Sonntag, 5. September, in oben  
genanntem Institut.  
Einem zahlreichen Zutritt ent-  
gegensehend  
Hochachtungsvoll  
**Otto Herzbach, Tanzlehrer.**

**Wilhelmshaven (Ortsver-  
band).** Durchgehende Gewerkevereins-  
kollegen erhalten in den Herbsttagen  
zur Heimat I und II freies Nach-  
quartier, Abendbrot und Frühstück.  
Karten sind zu haben bei dem  
Ortsverbandskassierer, G. Lübede,  
Bant, Goethestr. 7.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

### Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksgenossen.  
Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

### Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.  
Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pf., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.